

Informationen
des Bildungsringes „Europa MV“
des Landesverbandes der Europa-Union
Mecklenburg-Vorpommern
Nr. 5/2023 (Nr. 93)
Redaktionsschluss: 15. 12. 2023

Inhalt

Editorial

- Grußwort des Landesvorsitzenden Prof. Dr. Robert Northoff, MdL 3
- Vorwort zur „Info“ (Joachim Gasiiecki) 5

Teil I: Informationen aus dem Bildungsring „Europa“

- EURHOPE: Eine Kampagne zur Europawahl 2024 7
- Die Zukunft der EU: Vorschläge des Parlaments zur Änderung der Verträge 9
- Europe Calling - eine interessante Plattform 11
- „Rechte Wellen brechen“ - Bericht von einem Seminar von Europe Calling 12
- „Bündnis für Zusammenarbeit“ in Neubrandenburg 14
- „Dringender Appell an die Vernunft“ (EUD-Generalsekretär Chr. Moos) 16
- Aus der Serie „Das politische Buch“ (8) 17
- C. Amlinger: „Lesekrisen. Ungleichheiten der Lesegesellschaften“
- 85. Jahrestag der Pogromnacht vom 09.11.1938 (J. Gasiiecki) 19
- „Flüchtlinge - Frömde inne EU! (B. Böckmann, Kirch-Rosin) 20
- Anregende Überlegungen: Israel und Gaza: Vier Wochen Krieg. (R. Bütikofer, MdEP) 25

Teil II: Informationen aus dem Trägerverein LV der EUD in MV

- Impressionen vom Deutsch-Polnischen Seminar in Neubrandenburg: „Polen nach der Wahl - Was bedeutet das für die EU?“ 28
- Aus dem offenen Brief des Bundesnetzwerkes „Bürgerschaftliches Engagement“ vom 11.12.2023 31

Herausgegeben vom Landesverband EUD MV.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Joachim Gasiiecki

Editorial

Liebe Europafreundinnen, liebe Europafreunde,
ein ereignisreiches Bildungsjahr für unseren Verein geht nunmehr zu Ende und wir können mit Stolz sagen, dass wir trotz mancher Widrigkeiten dank auch Ihres großen gesellschaftlichen Engagements es gut gemeistert haben.

Vom Europagarten, den wir gemeinsam mit dem Sozio-kulturellen Bildungszentrum Neubrandenburg mit Schülerinnen und Schülern gestaltet haben, bis hin zu den Seminaren wie z.B. das Extremismusseminar, das Interkulturelle Seminar, das jährliche Landesseminar oder auch unser Deutsch-Polnisches Seminar mit unseren Partnern aus Koszalin sowie dem Europa-Café und dem philosophischen Gesprächskreis u.a. haben wir ein breites Angebot an Bildungsveranstaltungen vorgehalten, das in Qualität und Anspruch seinesgleichen in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern sucht. Das ist natürlich auch dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle zu verdanken, die mit Fleiß und Ausdauer dafür das ganze Jahr über für unseren Verein gearbeitet haben.

In Europa vollziehen sich gerade viele Veränderungen. Mit dem Ausgang der Wahlen in Polen tritt ein neuer europäischer Akteur wieder auf die Bühne und der ungarische Ministerpräsident sitzt jetzt mit seinem antieuropäischen Kurs ziemlich alleine. Die Beitrittsverhandlungen mit den Westbalkanstaaten schreiten, wenn auch langsam, voran. Bald wird auch die Ukraine zum Beitrittskandidaten für die Europäische Union und es werden drastische Reformschritte notwendig sein, damit die Europäische Union handlungsfähig bleibt. Dazu hat jüngst das Europäische Parlament aus unserer

Sicht richtige und weitreichend Vorschläge gemacht, die wir weiter begleiten werden.

Der nächste und wichtige Höhepunkt im kommenden Jahr ist die Europawahl am 09. Juni 2024. Wir werden diese Wahl nutzen, um weiter für den Europagedanken zu werben und möglichst viele Menschen dazu motivieren, an dieser Wahl teilzunehmen. Wir haben vor, ein breites Portfolio an Veranstaltungen dafür anzubieten und brauchen jede Unterstützung. Wer sich engagieren möchte ist herzlich willkommen!

Auf der Landesversammlung am 7. 10. 2023 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Ich bin sehr erfreut darüber, dass wir uns verjüngen konnten und sehe darin auch neues Potential für Ideen und neue Projekte.

In unserer Geschäftsstelle hat es einige Veränderungen gegeben. Frau Schulze wird ihren weiteren beruflichen Weg in Hamburg suchen, die Projektassistenz muss ebenfalls neu besetzt werden. Wir sind für jede gute Bewerbung offen. Die Ausschreibungen sind auf unserem Portal www.europa-union-mv.de veröffentlicht. Hoffentlich können wir bald nachbesetzen, damit wir arbeitsfähig bleiben.

Bleibt mir nur noch, Ihnen schöne Weihnachtsfeiertage und eine guten Jahresübergang zu wünschen.

Bleiben Sie gesund und weiter aktiv in unserer Europa-Union!

Prof. Dr. Robert Northoff, MdL
Landesvorsitzender

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit der letzten Ausgabe unserer „Informationen“ im Kalenderjahr wollen wir auf das kommende wichtige Jahr 2024 mit den Wahlen zum Europaparlament aufmerksam machen. An der Spitze steht der Aufruf der EUD und der JEF für die Aktion „EurHope – Kampagne für die Europawahl 2024“. Die Aktivitäten unseres Landesverbandes, der Kreisverbände und des Bildungsrings werden sich in diese Kampagne einordnen. Wir berücksichtigen dabei natürlich, dass im Bundesland MV gleichzeitig die Wahlen für das Landesparlament stattfinden. Das kann uns durchaus eine höhere Beteiligung der Wählerinnen und Wähler bescheren, aber das allein garantiert noch keine inhaltliche Entscheidung für die Kandidaten zur Europawahl, die unsere demokratischen und föderalen Ziele repräsentieren können. Es gilt, den Zukunftsprozess der europäischen Staatengemeinschaft auf eine sichere und stabile Grundlage zu stellen.

Ein Problem, das uns zunehmend beschäftigt, ist der Zuwachs rechter und rechtsextremer Parteien und Bewegungen in Europa. Sowohl ein Online-Webinar als auch der Gründungsvorgang der Initiative „Bündnis für Zusammenhalt“ in Neubrandenburg richten sich auf die erforderliche Auseinandersetzung mit den rechten Parolen, besonders auf die Zurückweisung des Antisemitismus.

Es geht ferner um die Überwindung der Kriegssituationen überall in der Welt. Wir müssen uns weiterhin bei aller erforderlichen Wachsamkeit auch für diplomatische Regelungen einsetzen. Heute ist der kategorische Imperativ des Philosophen I. Kant noch längst nicht das grundlegende Moralprinzip:

„Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“

Das Jahr 2024 wird ein politisches Arbeitsjahr sein, in dem wichtige Entscheidungen für die Weiterentwicklung und Stärkung der Demokratie und des Friedens vorbereitet und umgesetzt werden müssen. Die Haushaltslage der Bundesrepublik gefährdet auch die demokratischen Initiativen. Nehmen Sie den Offenen Brief des Bundesnetzwerkes gesellschaftliches Engagement am Schluss dieser „Informationen“ zur Kenntnis!

Wir wünschen unseren Mitgliedern und Interessenten sowie ihren Angehörigen ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest. Kommen Sie gesund in das neue Jahr 2024!

Prof. Dr. Joachim Gasiiecki,
Ehrendvorsitzender des Landesverbandes EUD-MV

Teil I

Informationen aus dem Bildungsring „Europa“

#EurHope - Kampagne zur Europawahl

2024

The logo consists of the word 'EURHOPE' in a bold, sans-serif font. The letters 'EUR' and 'HOPE' are blue, while the letter 'H' is yellow. The letters are slightly shadowed, giving them a 3D appearance.

EurHope ist eine Kampagne für Hoffnungsträgerinnen und Hoffnungsträger. Gemeinsam wollen wir die Botschaft senden, dass konstruktive europäische Zusammenarbeit Lösungen für die Herausforderungen und Zumutungen unserer Zeit bietet.

Bei den Europawahlen 2024 entscheidet sich, ob Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa weiter unter Druck geraten. Nationalisten und Souveränisten wollen zurück in die Vergangenheit. Sie bieten nichts außer Hass und Ablehnung.

Europa ist unsere Zukunft. Deshalb haben wir die Hoffnung, dass proeuropäische, demokratische Kräfte klar in der Mehrheit bleiben. Dazu können wir alle beitragen!

Unsere Botschaften:

★ Unser Europa ist demokratisch und rechtsstaatlich, solidarisch, innovativ und nachhaltig, vielfältig und tolerant, frei und unabhängig.

★ Unser Europa garantiert und verteidigt seine Werte und die Grundrechte seiner Bürgerinnen und Bürger, auch durch Sanktionen, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ausgehöhlt, Grund- und Menschenrechte verletzt und in der liberalen Demokratie selbstverständliche Freiheiten eingeschränkt oder beseitigt werden.

★ Unser Europa muss schneller gemeinsam handeln können und benötigt dazu eine Reform: mit Mehrheit statt Blockade durch einzelne Regierungen in allen Politikbereichen, damit es für seine Beitrittskandidaten fit wird, in einem Europäischen Konvent, der die Bürgerinnen und Bürger und die europäische Zivilgesellschaft einbezieht.

★ Unser Europa spricht in der Welt mit einer Stimme und verfügt über die Mittel, uns und unsere Verbündeten zu verteidigen.

★ Unser Europa macht sich fit für seine Erweiterung, denn es umfasst alle europäischen Staaten, die Mitglied der EU werden wollen und können.

★ Unser Europa achtet internationales Recht und schützt die Menschenrechte. Es sichert seine Außengrenzen und arbeitet in der Migrationspolitik so gut zusammen, dass es keine Kontrollen an den Binnengrenzen braucht.

★ Unser Europa wird zu einer Klima- und Energieunion bei Strom und Wärme fortentwickelt, damit Wind, Sonne und Erdwärme Strom günstig und verlässlich machen. Auch für unseren Binnenmarkt setzen wir auf weniger Bürokratie und mehr Investitionen, um Innovationen möglich zu machen.

★ Unser Europa gibt den Bürgerinnen und Bürgern eine zweite Stimme bei den Europawahlen, mit der wir europäische Parteien auf europaweiten, transnationalen Listen und ihre Spitzenkandidaten für die wichtigsten EU-Ämter wählen können.



Die Zukunft der EU: Vorschläge des Parlaments zur Änderung der Verträge

Pressemitteilung

Nach der Konferenz zur Zukunft Europas und vor dem Hintergrund beispielloser Herausforderungen und zahlreicher Krisen legen die Abgeordneten nun Vorschläge zur Veränderung der EU vor.

Das Parlament spricht sich für Reformen aus, die die EU handlungsfähiger machen und der Bevölkerung mehr Mitspracherecht geben sollen. Zu den wichtigsten Vorschlägen der Abgeordneten zählen folgende Punkte:

- Ein echtes Zweikammersystem soll geschaffen und die Verringerung von Blockaden im Rat angestrebt werden, und zwar durch mehr Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit und im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren.
- Das Parlament soll das volle Initiativrecht sowie das Recht bekommen, über den Langzeithaushalt der EU mitzubestimmen.
- Die Regeln für die Zusammensetzung der Kommission sollen überarbeitet werden und die Kommission soll künftig „Europäische Exekutive“ heißen. Auch soll es neue Regeln für die Wahl der Präsidentin bzw. des Präsidenten geben: Künftig soll das Parlament den Kommissionspräsidenten bzw. die Kommissionspräsidentin ernennen und der Europäische Rat soll ihn bzw. sie bestätigen – die Rollen sollen also umgekehrt werden, wobei die Zahl der Kommissare auf 15 begrenzt werden soll (für die dann ein Rotationsprinzip zwischen den Mitgliedstaaten gilt). Der Kommissionspräsident bzw. die Kommissionspräsidentin sollen in Zukunft sein bzw. ihr Kollegium auf der Grundlage politischer Präferenzen wählen können, wobei für geografische und demografische Ausgewogenheit zu sorgen ist. Die Vorschläge umfassen auch einen Mechanismus zur Ablehnung einzelner Kommissarinnen oder Kommissare.
- Der Rat soll wesentlich transparenter werden und die Standpunkte der Mitgliedstaaten zu legislativen Fragen veröffentlichen.
- Die Bevölkerung soll mehr Mitspracherecht bekommen: Die EU soll geeignete Beteiligungsmechanismen schaffen und die Rolle der europäischen politischen Parteien soll gestärkt werden.

Mehr Zusammenarbeit auf EU-Ebene

Die Abgeordneten fordern mehr Befugnisse für die EU in Umweltfragen. Auch sollen die Bereiche öffentliche Gesundheit (insbesondere grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte), Katastrophenschutz, Industrie und Bildung, für die derzeit ausschließlich die Mitgliedstaaten zuständig sind, künftig in den gemeinsamen Zuständigkeitsbereich der EU fallen. Die gemeinsame Zuständigkeit in den Bereichen Energie, auswärtige Angelegenheiten, äußere Sicherheit und Verteidigung, Außengrenzpolitik und länderübergreifende Infrastruktur soll ausgebaut werden.

Das Parlament nahm den Bericht mit 305 zu 276 Stimmen bei 29 Enthaltungen an. Vorbereitet hatten ihn fünf Ko-Berichtersteller, die eine breite Mehrheit im Parlament vertraten. Die entsprechende Entschließung wurde mit 291 zu 274 Stimmen bei 44 Enthaltungen angenommen. Das Parlament reagiert mit der Annahme dieses Berichts auf die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger: In den Vorschlägen der Konferenz zur Zukunft Europas fordern sie eine handlungsfähigere und demokratischere EU.

Nächste Schritte

Die Abgeordneten haben somit ihre Forderung nach einer Änderung der EU-Verträge bekräftigt und den Rat aufgefordert, die Vorschläge umgehend und ohne Beratungen dem Europäischen Rat vorzulegen. Nun sind die Staats- und Regierungschefs an der Reihe: Sie beschließen, ob sie einen Konvent einberufen – und zwar mit einfacher Mehrheit. Der spanische Ratsvorsitz dürfte die Vorschläge dem Europäischen Rat im Dezember vorlegen.

EUROPE CALLING -

eine interessante Plattform auch für unseren Landesverband

Von den Grünen geschaffen, aber parteipolitisch unabhängig!

Europe Calling ist das wahrscheinlich größte politische Webinar-Format in Europa. Seit 2017 haben in bisher 147 Webinaren über 150.000 Menschen aus Europa und der Welt teilgenommen und kommen so direkt mit politischen Entscheidungsträger:innen, führenden Wissenschaftler:innen, Interessensträger:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft ins Gespräch.

Gemeinsam schaffen wir einen offenen, transnationalen Raum für Bürger:innen aus ganz Europa und geben ihnen damit eine Stimme in den prägenden europäischen Diskussionen unserer Zeit.

Unsere Ziele:

- politische Prozesse, deren Hintergründe und politische und ökonomische Machtstrukturen **transparent und damit hinterfragbar** zu machen;
- die **demokratische Öffentlichkeit über nationale Grenzen hinaus in Europa** und international zu stärken;
- die Qualität politischer Entscheidungen durch **Bürger:innenbeteiligung** zu stärken;
- Desinformation, *fake news* und politischem Populismus entgegenzuwirken durch eine **Kultur der Beteiligung und demokratischem Diskurs**;
- Organisationen der demokratischen Zivilgesellschaft mit ihren Anliegen den **Zugang zu interessierten Bürger:innen** zu eröffnen;
- **Einfluss- und Beteiligungsmöglichkeiten** aufzuzeigen und die Bürger:innen bei der Nutzung dieser Möglichkeiten zu unterstützen



(Von der Webseite von Europe Calling)

Von einem Seminar von EUROPE CALLING

„Rechte Wellen brechen“

Am 03.11.2023 wurde von „Europe Calling“ ein Webinar veranstaltet, dessen Thema auch für uns in Mecklenburg-Vorpommern und für den Landesverband und seinen Bildungsring von aktueller Bedeutung ist. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die demokratischen Kräfte europa- und weltweit für eine stärkere Positionierung gegen den anwachsenden Rechtsextremismus mobilisiert werden können. Bei der von Dr. Maximilian Fries, Geschäftsführer von Europe Calling, geleiteten und von mehreren hundert Teilnehmern aus vielen Ländern verfolgten Online-Veranstaltung nahmen drei Gäste teil:

- U. Zieleńska, Mitglied des Sejm, Co-Vorsitzende der Grünen Partei in Polen,
- C. C. Pérez, Berater der spanischen Regierung, führender Unterstützer des linken Wahlbündnisse und der Grünen Partei in Spanien,
- A. Geese, MdEP, Stellv. Fraktionsvorsitzende Grüne/EFA.

Die polnische Vertreterin Zieleńska verwies mit spürbarem Stolz auf das Ergebnis der letzten Sejm-Wahlen in Polen hin, durch das die Position der PiS, der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ in Wanken gebracht wurde, so das bis Ende dieses Jahres von der Bildung einer demokratischen Koalitionsregierung in Polen ausge-

gangen werden kann. Sie hob hervor: „Die Zivilgesellschaft hat ihre Macht unter Beweis gestellt. Man kann die rechten Kräfte in die Defensive drängen!“

Der spanische Vertreter Pérez nahm als Ausgangsposition die These in Anspruch, dass es in erster Linie darum gehen muss, eine „demokratische grüne Welle“ aufzubauen, damit die rechte Welle nicht zum tragen kommt. Die Strategie der diesjährigen Wahlen in Spanien war besonders darauf gerichtet, ein langfristiges demokratisches Aktionsbündnis aus den Grünen, den Linken und den Sozialisten zu etablieren. Er hob besonders hervor, dass man eine „Vision für die Zukunft“ - mindestens für das nächste Jahrzehnt - aufbauen müsse. Dazu sei dreierlei erforderlich:

1. Die Politik muss die Menschen mehr ansprechen, emotionaler sein und die Gefühle und Herzen der Menschen beeinflussen.
2. Man muss die Angst vor der Zukunft überwinden, trotz der Krisenfolgen.
3. Das demokratische Bündnis muss gestärkt und weiterentwickelt werden.

Der Bürger kann und muss mehr an die Demokratie herangeführt werden. Es wird eine Dialogpolitik benötigt, mit der man greifbare Ergebnisse erzielen kann. Die dritte Sprecherin, A. Geese von den deutschen Grünen, ging von der Tatsache aus, dass die Zunahme rechter Einflüsse in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern eine Tatsache ist. Eine gewisse Mitschuld tragen dabei die verschiedenen sozialen Medien im digitalen Raum, durch die sehr oft desinformierende Positionen verbreitet werden. Progressive Kräfte seien in diesem digitalen Umfeld nicht genügend präsent. Sie hob hervor, dass es besonders drei Narrative seien, denen man zukünftig stärker entgegentreten müsse:

1. Angst vor den Auswirkungen der Migration.
2. Angst vor wachsenden Frauenrechten und der Gleichheit damit verbundener Bewegungen.
3. Angst vor dem Klimawandel und den erforderlichen Maßnahmen des Klimaschutzes.

Rechte Bewegungen und Parteien, die auf Angst setzen, sehen in einer solchen Entwicklung ihre Chancen.

Das erfordert von allen demokratischen Kräften, den Ängsten vieler Menschen stärker Zuversicht und Optimismus entgegenzustellen. Dazu gehört eben auch, progressive Inhalte und Positionen stärker in den sozialen Medien im Internet zu vertreten. Die Maschinerie der Rechten muss deutlicher aufgedeckt werden, um auf dieser Grundlage gegen die Schwerpunkte der betriebenen bewussten Desinformation vorzugehen. Die Rednerin schloss sich besonders der Position des spanischen Sprechers an, der für eine wesentlich stärkere emotionale Kommunikation eintrat.

Aus der relativ knappen Diskussion soll hier nur ein Aspekt hervorgehoben werden, über den sich die drei Gäste des Webinars sehr einig waren: Wir dürfen nicht vergessen, dass 2024 die Europawahlen stattfinden, die enorme Auswirkungen auf die europäische Entwicklung haben werden. Alle demokratischen politischen Akteure müssen bereits heute strategische und taktische, weit vorausschauende Konzepte entwickeln, mit denen sie drängende Diskussionsinhalte auch in einem Stil vorstellen, den die Menschen verstehen. Eine sicher nicht ganz einfache Aufgabe!

(Berichterstatter: Joachim Gasiiecki)

**„Der Mensch steht heute vor der Alternative:
Untergang des Menschen oder Wandlung des Menschen.“**

(Karl Jaspers, Philosoph)

Zu einem wichtigen Vorgang in Neubrandenburg

„Bündnis für Zusammenhalt“

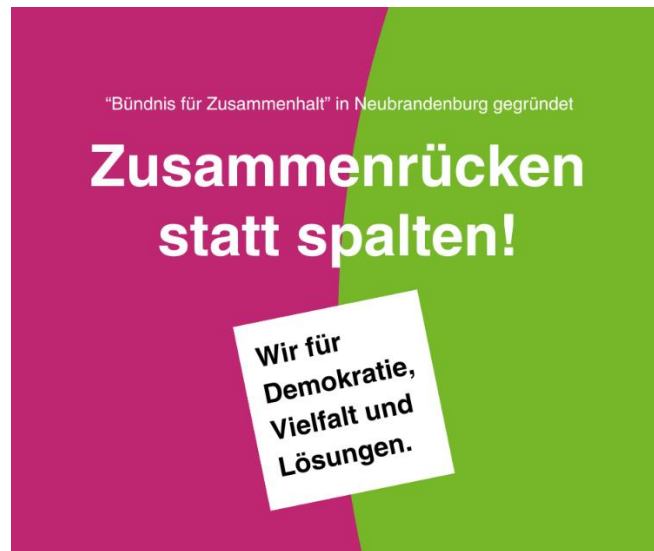
Anfang November 2023 formierte sich in Neubrandenburg ein „Bündnis für Demokratie, Vielfalt und Lösungen“, das Menschen in ganz Mecklenburg aufruft, sich diesem Bündnis anzuschließen. Eine der Erstunterzeichnerinnen des Aufrufs, Vanessa Freund, charakterisierte die Neugründung so:

„Wir sind ein zivilgesellschaftliches und parteiunabhängiges Bündnis, dem vor allem Bürger und Bürgerinnen aus Stadt und Region, aber auch Vertreterinnen und Vertreter aus Kirchen, Gewerkschaften und Vereinen und Politik angehören.“

Die Pröpstin Britta Carstensen unterstrich die Zielstellung folgendermaßen:

„Wir möchten ein Bewusstsein dafür entwickeln, wie wir als Gesellschaft gut zusammenleben und fair kommunizieren. Anstand, Haltung und Achtsamkeit sind dabei unerlässlich.“

(Aus einer Pressemitteilung vom „Bündnis für Zusammenhalt“ vom 02. 11. 1023)



Das „Bündnis für Zusammenhalt“ Neubrandenburg ist Teil einer seit über 20 Jahren bereits in unserem Bundesland bestehenden Initiative, die unter dem Namen „RAA - Bildung und Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e. V.“ tätig ist.

Im Leitbild dieses Vereins heißt es u. a.:

Die RAA Mecklenburg-Vorpommern ist ein eigenständiger, unabhängiger Träger und Teil eines bundesweiten Netzwerkes regionaler Arbeitsstellen.

Die RAA arbeitet sowohl politisch als auch konfessionell unabhängig.

Wir unterstützen die Entwicklung einer demokratischen Kultur des Zusammenlebens in Schule, Jugendarbeit und Gemeinwesen.



**MECKLENBURG
VORPOMMERN**

**DEMOKRATIE STÄRKEN.
BILDUNG GESTALTEN.**

Auch Mitglieder des Landesverbandes der EUD-MV und seines Kreisverbandes MES haben sich bereits dem „Bündnis für Zusammenhalt“ angeschlossen. Dazu gehören u. a. Prof. Dr. Robert Northoff, Landesvorsitzender EUD-MV, Ohle Krüger, Mitglied des Landesvorstandes, Prof. Dr. Joachim Gasiiecki, Ehrenvorsitzender des Landesverbandes. Franziska Schulze, Projektleiterin (Stand: 05.11.2023)

Es wäre folgerichtig, den Zeitumständen entsprechend, aus unseren demokratischen und föderalen europäischen Haltungen heraus dem „Bündnis für Zusammenarbeit“ sowohl als Verein als auch als weitere Einzelpersonen beizutreten!

Dringender Appell an die Vernunft – von EUD Generalsekretär Christian Moos

23.11.2023

Der 22. November 2023 sah zwei bedeutsame Ereignisse für Europa, die das Spannungsfeld aufzeigen, in dem wir uns aktuell bewegen. Das Europäische Parlament verabschiedete mit knapper Mehrheit eine mutige und weitsichtige Reformagenda für die Europäische Union, die sich auf die Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas stützt und Europa handlungsfähiger machen soll. Gleichzeitig fanden in den Niederlanden vorgezogene Parlamentswahlen statt, aus denen mit Geert Wilders ein EU feindlicher Rechtspopulist als klarer Sieger hervorgegangen ist.

Nachdem der Wahlsieg der Opposition in Polen ein Zeichen der Hoffnung gesetzt hatte, zeigt der Wahlausgang in den Niederlanden mit aller Härte, dass von einer europaweiten Trendwende keine Rede sein kann. Auch in Deutschland bewegt sich die in Teilen, um nicht zu sagen in ihrem Kern, rechtsextremistische AfD auf hohen Umfragenniveaus. Vor diesem Hintergrund ist der aktuelle Vertrauensverlust in die Institutionen unserer Demokratie äußerst gefährlich.

Die Permakrise hat die Fundamente der freiheitlichen Demokratie unterspült. Deutschland befindet sich nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts in einer akuten Regierungskrise, die sich, wenn es schlecht läuft, zu einer Staatskrise auswachsen wird. Die demokratischen Kräfte unseres Landes stehen in der Verantwortung, unserer Gesellschaft, die längst aus der Balance geraten ist, wieder Orientierung und mehr Zuversicht zu geben.

Die allfällige Vertiefung der Europäischen Union kann dabei nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die vielen inneren und äußeren Krisen haben sich auf eine Weise verbunden, dass nur eine klar kommunizierte Gesamtstrategie, die Europapolitik endlich wieder als Innenpolitik begreift, eine Demokratiekrise, wie sie die Niederlande nun erleben, wird verhindern können.

Die Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP und die unser Grundgesetz und seinen Europaauftrag ebenso unzweideutig bejahende demokratische Opposition von CDU und CSU müssen jetzt sehr aufpassen, dass Deutschland nicht in einen ähnlichen Schockzustand gerät, wie er sich heute in den Niederlanden eingestellt hat. Besonders mit Blick auf überlebenswichtige Fragen wie die Finanzierung unserer Infrastruktur und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, aber auch unsere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit ist es an der Zeit für mehr Europa.

Aus der Serie „Das politische Buch“ (8)

Carolin Amlinger:

„Lesekrisen.

Ungleichheiten der Lesegesellschaften und die lesende Klasse“

Der hier genannte Aufsatz scheint kein direktes Buch politischer Literatur zu sein. Man kann es auch als eine Analyse kultureller Entwicklungen verstehen. Aber bereits aus dem Titel und den folgenden Auszügen zeigt sich, dass wir es hier mit einem interessanten kulturpolitischen Beitrag zu tun haben, dessen Aufnahme in unsere Rubrik „Das politische Buch“ angemessen ist. ¹

„Immer weniger Menschen lesen Bücher. Laut den letzten Zahlen des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels sinkt die Zahl der Buchkäuferinnen und Buchkäufer kontinuierlich. Im Jahr 2022 haben nur noch rund 25,8 Millionen Menschen mindestens ein Buch erworben. Das sind lediglich 39 Prozent der potentiellen Käuferschaft und rund 1,4 Millionen weniger ... als im Vorjahr. In den letzten zehn Jahren ist die Buchkäufererschaft um 11,1 Millionen Menschen geschrumpft. /S. 16/

In der Bundesrepublik hatte das Buch [in den ersten Jahrzehnten] ebenfalls einen hohen Stellenwert ... Für alle ging es aufwärts, obgleich die Abstände zwischen den Klassen keineswegs nivelliert wurden. Der gestiegene materielle Wohlstand, kombiniert mit dem Zuwachs an sozialen Rechten, führte in den Unterklassen zu neuen Bedürfnissen, die neben Auto, Urlaub, Eigenheim auch die Kultur beinhalteten, die zuvor den Ober- und Mittelklassen vorbehalten war. Auf der Grundlage von wirtschaftlicher Prosperität, Lohnsteigerungen, steigendem Lebensstandard und Bildungsexpansion bildete sich ... eine Lesegesellschaft aus, in der schriftliche Erzeugnisse die sozialen Partizipationsschranken aller (oder so gut wie aller) Gesellschaftsmitglieder erhöhen sollten. Die individuelle Buchlektüre symbolisierte die gesamtgesellschaftliche Aufstiegsmobilität. ... Daran änderte auch der Aufschwung der Massenmedien Fernsehen und Rundfunk ... zunächst nur wenig. /S. 19/

Dies führt uns zu den Paradoxien, die der normative Maßstab der Gleichheit mit sich brachte. Lesen ist ein Mittel der sozialen Angleichung, das systematisch Differenzen erzeugt. Die partielle Nivellierung von Statushierarchien beseitigte eben nicht reale Ungleichheiten. Gerade der elitäre Anspruch, dass keinem der

¹ Open Access Download von der Klett-Cotta eLibrary, 03.11.2023. - Aus: „MERKUR“, 11/2023, S. 15-29.

Zugang zur Literatur verwehrt werden sollte, lässt die persistente Existenz von Ungleichheiten als gerechtfertigt erscheinen. ... /S. 21/

Heute zeigt sich ein anderes Bild. Bücher werden von immer weniger Menschen viel und von immer mehr Menschen nicht mehr gelesen. In der ‚Abstiegsgesellschaft‘ ist der soziale Status an den flexiblen Einsatz individueller Ressourcen rückgebunden, sind soziale Rechte an individuelle Leistungen und Bedingungen geknüpft. Man kann sich nicht mehr auf Zugehörigkeiten berufen, alle werden in Rangfolgen der Wertigkeit gestellt, die vordergründig allein der Leistung gehorchen. Doch dahinter verbirgt sich ... ein Machtprozess, der alte Ungleichheiten verstärkt und neue produziert. Zwar haben alle formell die gleichen Chancen, aber die monetären oder kulturellen Ressourcen bleiben ungleich verteilt. ... Die mit der Digitalisierung gewachsene Medienkonkurrenz (Lesen oder Streamen) vergrößert die soziale Segregation des Lesens. In diesen sozialen Machtprozessen und technologischen Umbrüchen produziert das Lesen neue soziale Grenzziehungen, zwischen jenen, die (Bücher) lesen, und jenen, die sie theoretischen lesen könnten, dies aber nicht tun. /S. 23 f./

Die Lesegesellschaften der Gegenwart unterscheiden sich zwar länderspezifisch, aber in westlichen Gesellschaften sind sie von einem Nebeneinander widersprüchlicher Entwicklungen geprägt. Lesen ist einerseits demokratisiert, andererseits verstärken sich bestehende Ungleichheiten und entwickeln sich andere neu, die Lesende von Nichtlesende trennen.

Die Tatsache, dass Lesekrisen in der Geschichte der Schriftkultur wiederkehrend sind, verweist auf die Ambivalenz dieser Kulturtechnik. Lesen ist eine solitäre Handlung und gleichzeitig eine soziale Einübung. Es formt Singularität, indem es Selbstbefragung, kognitive Reflexion und emotionales Erleben intensiviert, und dient der individuellen Verständigung mit gesellschaftlichen Angelegenheiten. Es wirkt emanzipatorisch und kann darum Objekt staatlicher Regulierung werden, indem, wie etwa in den USA, Bücher an Schulen oder in öffentlichen Bibliotheken verboten werden. Und nicht zuletzt fördert Lesen soziale Partizipation und schärft darum das Bewusstsein für Klassendifferenzen.“ /S. 28 f./ ²

(Auswahl der Auszüge: Joachim Gasiécki)

² Wir empfehlen auch den folgenden Zeitschriftenaufsatz von Carolin Amlinger: „Rechts dekonstruieren. Die Neue Rechte und ihr widersprüchliches Verhältnis zur Postmoderne. - In: LEVIATHAN, Jg. 48/2020, Heft 2, S. 318-337.

85. Jahrestag der Pogromnacht vom 09. 11. 1938

09. 11. 2023 - Ein Tag der Mahnung!

An den unmittelbaren Folgen der Pogromnacht, die den Auftakt zur systematischen Verfolgung und zum Holocaust markiert, starben über 1300 Jüdische Menschen!

Mehr als 30 000 Jüdinnen und Juden wurden verhaftet, ein Großteil von ihnen kam in Konzentrationslager, viele von ihnen überlebten das nicht!

1406 Synagogen und Gemeindehäuser wurden abgebrannt oder verwüstet!

Mehrere Tausend Jüdische Geschäfte wurden verwüstet!

In meiner Heimatstadt Landsberg/Warthe, dem heutigen Gorzów in Polen, brannte 1938 die Synagoge!

In Neubrandenburg, wo ich seit 33 Jahren wohne, brannte 1938 die Synagoge!

Heute - 85 Jahre nach der Pogromnacht - müssen jüdische Bürger in Deutschland wieder Angst haben!

Der Antisemitismus in unserer Gesellschaft gewinnt an Boden!

Beachten wir die Anzeichen des Antisemitismus und ächten wir sie!

Unsere eigene Geschichte fordert von uns, jeglicher Judenfeindschaft gegenüberzutreten!

Hass ist immer schändlich und schädlich!

„Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn Frieden ist der Weg!“

(Mahatma Gandhi)

(Ein Appell an die Vernunft von Joachim Gasielki)

Flüchtlinge – Frömde inne EU

Von Behrend Böckmann, Kirch Rosin

Dei Bibel bericht all, dat Abraham wägen 'n Hungersnot sien Heimat verlâten möst un nå Ägypten utwannert, dat dat sienen Soehn Isaak nich anners güng un as hei in't Philisterland tau wat kåmen wier, wûr hei schasst. Un Jakob as Soehn von Isaak möt Rietut nähmen, as anner dat up sien Läben afseihn harrn. Moses neiht inne Wüst ut, nådem hei 'n ägypt'schen Upseiher dod schlööch, dei 'n häbrä'schen Slawen malträtiert harr. Un sülfst dat Jesuskind is up'e Flucht nå Ägypten, nådem König Herodes Order geef, all dei lütten Jungs bet taun Öller von twei Johr dod tau måken, denn sei können em as dei ankünnt Messias taun Gefohr warden. 1855 giff John Brinckman in sien „Fastelabenspredigt för Jehann, de nah Amerika furt will“ denn Rat „Jehann, blif hier – blif hier Jehann! Wat wist du in Amerika!“ Von Johannes Gillhoff kümmt 1917 dei Roman „Jürnjakob Swehn der Amerikafahrer“ rut un vertellt ward dei Geschicht von äben dissen Jörn Jakob, dei in sien Not 1886 nå Amrika utwannert, üm 'n niege Existenz uptubugen. Mien Tante Martha ut Dithmarschen friecht 1928, wannert ut un lannt mit ehrn Mann as Frömde in Chicago.

1944/45 möten sik 14 Milljonen Düütsche ut Ostprussen, Pommern un Schlesien up'n Wech nå'n Westen måken un finnen kein Upnåhm, as dat hüt för Frömde Gang un Geef is. Bäten bäder hemm' dat dei 2,8 Milljonen Minschen, dei ut'e SBZ/DDR utneigen un inne BRD as Frömde ankeemen un upnåhmen wûrn. As 2015 mihr as 800.000 Frömde von anner Kontinenten in Düütschland Hüsung finnen wullen, säd Kanzlersch Merkel, ok wenn dat noch nie nich sovål Frömde up 'n Schlach gäben harr: „Wi schaffen dat“ un nich „I hav a dream“ orrer „Yes, we can“. Dei Frömde keemen ut Kriegsrebeits in Syrien, Afghanistan, Irak, Pakistan un, un, un...

2022 dei neechste grote Anstorm: Mihr as twei Milljonen Frömde keemen nå Düütschland, dorünner gaut 'n Milljon ut'e Ukrain un äbensovål Minschen ut anner Länner: ut Syrien, ut Afghanistan, ut'n Irak un.... Sei all möten versorcht warden. Dat heit, man möt dei välen Frömde minschengerecht ünnerbringen un versorgen, ehr Asylandrääch bearbeiten, dat Asylsystem taun Sozialsystem måken, Wåhnanlagen bewåken, Minnerjohrige tau Sied stån, Kranke taun Dokter bringen orrer anner bibögen, dat 'n Lihrgang Düütsch nödig is, wat dat in't Sozialamt un Jobcenter tau rägeln giff usw....Nich ümmer is 'n sik inne EU einig, woans die Frömde tau behanneln sünd.

Un denn kämen dei Frömden ut'e Ukrain, dei Schutz vör denn Krieg säuken, dei, wenn's 'n biometrischen Pass bi sik hemm' binâ as EU Börger behandelt warden.

Un man is nåsichtig, denn dat is 'n ukrain'scher Wunsch, dat dat Land inne EU upnâhmen ward un dei EU-Länner wünschen, dat dei Ukrain as dat gröttst Land in Europa NATO-Mitglied un Vörposten vör Putins Husdör ward. Dor môt kein Arger upkâmen. Mit mihr as 600.000 km² wier dei Ukrain denn dat gröttst EU-Land vör Frankriek un Düütschland un wûr mit sien Bevölkerung so üm 36 Milljonen denn Bevölkerungsverlust dörch 'n Brexit tau dei Hälft utglieken.

Doch männigein frâcht sik, ob nich die EU in Verbinnung mit't UN-Flüchtlingsswark inne Karpaten Lâger upbugen künn, as dat Lager in Zaatari/Jordanien för 80.000 Syrer orrer dat in Azrag/Jordanien för 55.000 Minschen giff. Orrer nähmen wi dat Lager Dadaab/Kenia, wo 340.000 Minschen läben orrer dat allergröttst Lager up'e Welt in Kutupalang/ Bangladesch, wo anne Scher** tau Myanmar rund 640.000 muslimische Rohingyas läben. In'n Sudan un in'n Jemen läben dörch Krieg in jedet Land so anne 4 Milljonen Minschen as „Binnenfrömde“ in Notünnerbringungen. Ünner dei ukrain'schen Frömden in Düütschland sünd 67 % Frugens un 33 % Mannslüd. Un dorvon sünd nu wedder 346.000 Kinner un junge Lüd ünner 18 Jahr in'n Schaulpflichtöller. Un ünner dei ukrain'schen Mannslüd in Düütschland giff dat 220.000, dei för 3000 bei 15.000 Euros Schmergeld von'n Kriegsdeinst frie keemen. In all EU-Länner hollen sik up disse Oort 650.000 ukrain'sche Mannslüd up, die Selenskyj nu mit Interpol un internatschonale Haftorder as Kanonenfauder taurüch hålen will. Will hei Putin mit Hülp von'n Internatschonalen Gerichtshoff afstrâfen, so sall Interpol dat för dei eigen Landslüd besorgen. Un war secht dei EU dortau? Österriek un Ungarn hemm' verkünnt, dat's dit Spill nich mitmâken.

Un so is 'n sik inne EU all wedder uneins. Uneins is 'n sik ok, ob Frömde ut Georgien, Albanien, Nuurdmazedonien, Serbien un Moldau würrlich Frömde sünd, wenn disse Länner EU-Kannedaten sünd orrer warden willen. Süll man Minschen ut disse Länner as Asylanten upnâhmen? Dat is dei Frâch. Sülfst „queer“ is kein Asylgrund, denn in all disse Länner sünd homoerotische Akschonen un Verbinnungen nich mihr strâfbor. Dat môt also dat düütsche „Asylsystem“ sien, dat inne Welt as besonnens gaut bekannt is, ok dorför, dat, wenn einer nich as Asylant orrer Asylantin anerkannt ward, hei orrer sei sik doch noch vâle Johren in Düütschland uphollen kann.

Kâmen wi noch eins up dei Frömden ut'e Ukrain taurüch. Dei Monatslohn belöppt sik inne Ukrain up 300 bet 500 Euros un ierst af't drüdde Kind giff dat dor 57 Euros Kinnergeld, in Düütschland giff dat as Râgelsatz för die Grundsâkerung 502 Euros för'n utwussen Minschen un för jedet Kind 250 Euros un bâbenup noch Tauschüss för Hüer un warme Wâhnung. Doch nich œwerall is

man mit Frömde ut'e Ukrain so gaut Fründ as in Düütschland. Taun Bispill möten sik dei ukrain'schen Frömde in Tschechien „onleihn“ registriern låten, 'n Visum afhålen un tauhop låben. As Geld gifft dat fief Månde 200 un dornå blot noch 130 Euros. In Österriek dörpen sik dei Ukrainer för'n bestimmte Tiet uphollen un hemm' mit dit „vorübergehende Aufenthaltsrecht“ dat Recht up Arbeit, Wåhnung, Billung, medzin'sche Versorgung, Grundsicherung un Fomiliengeld von 165 Euros pro Kind. För Schaulkinner gifft dat in'n Johr 200 Euros extra. In Ungarn kriegen Frömde ut'e Ukrain „vorübergehenden Schutz“ un ok 'n Arbeitserlaubnis. Sei warden „in Gemeinschaft“ ünnerbröcht un kriegen, solange sei noch kein Arbeit funnen hemm', 61 Euros un för Kinner 37 Euros in'n Månd up'e Hand. Sei könen ünner Ümstänn' ümssüss Bus un Båhn fohrn un dei Kinner könen in Ungarn tau Schaul un inne Spålschaul gåhn. In Rumänien möten Frömde ut'e Ukrain keinen Asylandrach stellen, könen kostenlos taun Dokter gåhn un ehr Kinner in'n Schaul schicken. För 'n Fomolie gifft dat vier Månde lang 150 Euros för die Ünnerkunft un 120 Euros för dei Verpflegung.

...

Ok Asylanten åhn witte Hut willen giern in Düütschland låben, doch dei warden nich so as dei Frömde ut'e Ukrain behandelt. Un dorünner sünd oft junge Kierls, för die Düütschland dei Urt is as dat Westberlin tau Tieden vonne Muer för Wehrpflichtige ut'e Bunnesrepublik wier, dei sülben dat bådere låben säuken orrer gor in'n Updrach von ehr Fomilien „up Reisen“ gåhn, üm dat Œwerlåben in'n Uurt an'n Äquator orrer an'n Wüstenrand mit por Euros tau ünnerstüthen. Un disse jungen Lüd wannern dörch dei Sahara nå Lybien, warden dor von lybisch Schandarmen maltraiert, finnen denn'n „Schleuser“ un in'n Boot geiht dei Fohrt af œwer't Middelsee in't Schlaraffenland „Europa“. Un denn kåmen's in'n Momang up Lampedusa an, gråd so as dei Frömde on'n asiatischen Kontinent vör 2020 œwer dei Ägäis up dei hellenistisch Insel Lesbos keemen. 12.000 Minschen låwten dor in't Camp Moria bet denn Fier lecht un dei Welt niegelich wör. Un wat måkt dei EU? Klauke Råden warden hollen œwer Frontex un œwer båten Geld, üm för 2000 Minschen dat niege Camp Mavrovoun tau bugen. Dei gröttere Rest von dei vålen Frömde ward up Festland bröcht un Hellas hett nu dei Malesch, sik œwer Johren henwech mit Asylandräch aftaurackern. Wenn dor dei Caritas nich helpen wör, denn wier dat Land mit dei EU upschmåten. Striet inne EU gifft dat ümmer wedder œwer dei Upnåhm, dei Anerkennung, Versorgung, Rückkihr inne Herkunftslånner, Minschenihr un Dublin-Rågeln...

Un Striet in Düütschland, woans man denn Asylantenstrom afwennen kann: Obergrenz för Migranten orrer wat sünd legale un wat sünd illegale Migranten, süll man weniger Taschengeld gåben un leiwers Worenschiens utgåben, wecker môt wedder taurüch un wecker dörp blieden, woans dei upgriepen, dei wedder taurüch sallen...Un wihrend in Düütschland diskutiert ward, hett Österriek dei

Geldleistungen up 40 Euros rünnersett't un süh dor, up eins willen väl weniger Asylanten in Österriek läben. Nu sall Lybien väl Geld vonne EU kriegen, wenn dei lybisch Regierung dorför sorgen wür, dat dei Schleuser dat Handwark lecht wür un Schläuserboote nich mihr in Richtung Italjen utlophen. Man will dissen Fluchtwech äbenso tau måken, as dat nå 2014 anne Stråt von Gibraltar passiert is, wo ok 40.000 Minschen ut Schwattafrika versöchten, œwern Tun in dei span'sch Besitzungen Ceuta und Melilla anne Küst von Marokko un so nå Europa tau kåmen. Doch Frontex keem hier dei Marokkaner tau Hülp un süh dor, dat is still worden œwer denn Fluchtwech Gibraltar. Un nåja, jedet EU-Land bestimmt för sik, woans sei Frömde anne Butenscher orrer ok Lannesschermit eigen Schandarmen orrer Frontexbeamten gewaltsåm afwiest un wedder dorhen schickt wo's herkeemen. Un dormit nich glik jederein weit, dat dit nich ganz rechtens is, ward denn von „Pushback“ schnackt. Un jedet EU-Land bestimmt ok för sik, woans dei Minschenihr un dat Recht up Asyl so tau verbinnen sünd, dat die Frömde as Glike ünner Glike upnåhmen warden. Dat nåumt sik denn „Integratschon vonne Migranten“. Un wedder gifft dat Striet. Willen wi all die Frömde, dei ut wirtschaftlich Not tau uns kåmen, upnåhmen, orrer willen wi weck anlocken, dei denn Stellen up'n Arbeitsmarkt füllen. Dor ward palavert œwer Rückföhrung, Obergrenzen, Sachorrer Geldleistungen, Frömdehass un Seenotreddung, „Schleierfahndung“ orrer ordinäre Grenzkontrollen, Integratschon un Abschreckung, Anlocken un Afwiesen, as EU orrer as Natschon hanneln, 'n utlånnschen Dokter as Dokter orrer as Nachtpottschwenker instellen bet hei ornlich düütsch schnacken kann...

Man is inne EU wietaf von'n einig solidarisch Hanneln, wat denn Ümgang mit Frömde angeiht. So hemm' polnisch Botschaften åhn wat aftauschnacken orrer inne EU bekannt tau måken, in Nich-EU-Lånner dusende von Visa an Frömde vergåben, dei sik nu mit disse Visa in'n Schengenrum uphollen kœnen. Un taun annern kåmen œwer Polen dei illegalen Migranten ut Belarus nå Düütschland. Un warden's vonne düütsche Polizei entdeckt, denn weiten's, dat dat Wurt „Asyl“ dat Wurt is, üm ierst mål in Düütschland Upnåhm tau finnen. Wo sallen's ok hen? Orrer nåhmen wi die lütten Insellånner Malta un Zypern in't Middelmeeer. Zypern as lüttet Land klåcht, dat Månd för Månd bet tau dusend Frömde as Asylanten œwer dei Libanon-Route up'e Insel kåmen, mihr, as Cypem upnåhmen kann. Nich anners is dat up Malta, dat noch lütter as Zypern is. Allein 2023 hemm' sik bet 'n Austmånd all mihr as 57.800 Minschen œwer't Wåder up'n Wech nå Europa måkt. Dorbi sünd 2.095 Minschen œwer Buurd gåhn un die Statistik tellt af 2014 bet hüt 27.845 Wåderdode, dorünner ok våle Kinner. Un denn dei Tamtam mit dei Schåpen vonne Seenotreddung.

Un denn besinnt man sik, dat dei Türkei af 2015 so rund 9,5 Milljarden Euros vonne EU kreech, dormit dei Frömden nich utheihn. Un so reisen denn Ursula von der Leyen as Ratspräsidentin mit mit dei italjän'sche Ministerpräsidentin Giorgia Meloni un denn nedderlänn'schen Ministerpräsidenten Mark Rutte nå Tunesien un willen mit Euros Tunesien dorför winnen, denn Taustrom von Frömde tau ünnerbinnen, doch mit 47 Milljonen Euros för'n Grenzschutz is Tunesien in'n Vergliek mit dei Türkei nich taufräden. Un dei 1,9 Milljarden, dei man Tunesien gäben will, wenn's denn die un anner Reform måken, schlöcht Tunesien as „Diktat von'n IWF“ ut. Wat daun? Un künn Tunesien taugriepen un kein Boot leep mihr, denn keem man nich mihr so licht nå Lampedusa. So kümmt dat in'n September 2023 taun Massenflucht un bi gaudet Wäder setten 120 Boote in Richtung Lampedusa af un mit'n Schlach kåmen so üm 8000 Frömde up dei Insel, wo dat blot 'n Lager för 600 Minschen gifft. Taustänn' as einst vör't Sünnerrosenhus in Rostock-Lichtenhagen sünd dorgägen nix. Wohin mit dei välen Asylanten? Dei sünd ja in Italjen ankåmen, also rünner vonne Insel un af up't Festland. Woans warden's ümmer dei EU-Länner verdeilt? Düütschland will Italjen noch wedder dei updrücken, dei klammheimlich un gägen Dublinvöschriften bi uns Hüsung finnen wullen. Orrer wiern dor ünner Ümstänn' weck an't Wark, die dissen Migrantentaulop organisiert hemm', üm Meloni as rechte Poletikersch tau schåden, denn sei harr ja mit 'n gerechte Migratschon Wählkampf måkt un ok dormit wunnen. Un nu disse Maless! Meloni verlangt vonne EU, dat's nu endlich hanneln möt, denn 130.000 sünd all 2023 Italjen ankåmen un dat köenen noch väl mihr kåmen.

Italjen föddert von Asylanten, dei in Wirklichkeit kein Recht up Asyl hemm', dat's 'n Kautschon von bummelig 5000 Euros pråt hollen, sotauseggen as Gägenleistung för einen Månd Ünnerkunft un Utreis inne Heimat. Dat düütsche rod-gäl-gråune Triumvirat is fienfäuhlig un will noch Anverwandte in't Land hålen, æwer dat gifft ok Gägenstimmen, nich unnödig Geld för Migranten åhn Asylanrecht æwer Johren henwech utgäben, sonnern leiwers disse Geller för Entwicklungshülpe intausetten. Un männigein denkt so orrer so an 1989, as bet tau 4000 Minschen ut'e DDR in't Paläh Lobkowitz un in'n Gorn von't Paläh tau Prag Tauflucht söcht hemm', üm æwer dei westdüütsche Botschaft in'n Westen uttaureisen un tau glieken Tiet 50.000 DDR-Börger æwer Ungarn inne BRD „utreisen“.

* Spälschaul – plattdeutsch für Kindergarten

** Scher – plattdeutsch für Grenze

Anregende Überlegungen

**Aus: Reinhard Bütikofer, MdEP: Online-„Bütis Woche“ vom
11.11.2023**

„Israel und Gaza: Vier Wochen Krieg.“

„Zum Ersten fällt es, so mein Eindruck, vielen Menschen, mit denen ich mich im letzten Monat über dieses Thema gestritten habe, schwer, die fundamentale Erschütterung nachzuvollziehen, die mit dem Blutzoll vom 7. Oktober verbunden war. Die säkulare Hoffnung, dass Israel als Heimstatt der Juden Sicherheit bieten werde für ein Volk, das in seiner Geschichte wahrscheinlich mehr Pogrome erlebt hat, als irgendein anderes, wurde durch diesen Angriff zerstört. Und es wurde brutal demonstriert, dass der Vernichtungswille gegenüber Israel, den manche vielleicht für überspitzte Konfrontationsromantik gehalten hatten, wirklich existiert, lebendig ist, gut organisiert ist, Rückhalt jenseits der Grenzen von Gaza hat. Damit ist für Israel die Existenzfrage gestellt.

Wer das nicht versteht, mag vielleicht den Hamas-Angriff als eine verurteilenswerte, aber leider letztlich in der Logik des langanhaltenden Konfliktes begründete Aggression halten, wie sie nun einmal erst zu überwinden sein wird, wenn der Konflikt insgesamt gelöst ist. Doch das ist eine Fehleinschätzung, die der Propaganda der Hamas auf den Leim geht. Für den verfahrenen Nahost-Konflikt und für das Scheitern ursprünglich hoffnungsvoller Ansätze zu einer Zweistaatenlösung tragen viele Verantwortung: Palästinenser, Israel – nicht zuletzt durch die Siedlungspolitik, sowie Europa und USA durch den in den letzten fünfzehn Jahren noch nicht mal wirklich halbherzigen Versuch, dem Friedensprozess neue Dynamik zu verleihen. Andere auch. Das hatte wahrscheinlich der UNO-Generalsekretär im Kopf, als er davon sprach, dass nichts in einem Vakuum passiert, auch der Hamas Angriff nicht. Aber diese Einordnung ist falsch. Hamas ist nicht Teil des Kampfes des palästinensischen Volkes für einen eigenen Staat. Hamas hat die Zweistaatenlösung immer abgelehnt. Hamas will keine Verständigung, keinen Frieden, sondern nur den Vernichtungsfrieden auf jüdischen Gräbern. Der Terror der Hamas ergibt sich nicht aus der Logik palästinensischer Befreiung oder dem Widerstand gegen manchmal schwer erträgliche israelische Politik, er ergibt sich aus dem Vernichtungswillen einer todeswütigen Sekte. Wer mit dem Argument, man müsse den Kontext berücksichtigen, diese teuflische Realität „normalisiert“, erklärt nicht, sondern bringt das Besondere des 7. Oktober zum Verschwinden.

...

Antisemitismus ist nicht nur in Europa oder der arabischen Welt, sondern auch weit darüber hinaus international verbreitet. Wie kann man es zum Beispiel erklären, außer mit Antisemitismus, dass der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen Israel schon mehr als 50 Mal verurteilt hat, China noch nicht ein einziges Mal? Zweifellos ist Israel in der Vergangenheit auch für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gewesen, aber dass die 50mal häufiger oder schlimmer gewesen wären, als diejenigen, die die KP Chinas verantwortet, kann ja nun überhaupt niemand behaupten. Wie kann man erklären, dass die Hamas-Falschmeldung, Israel habe bei einem Bombenangriff auf ein Krankenhaus hunderte Menschen ermordet, auch dann noch weiterverbreitet wurde, als längst Beweise vorlagen für das Gegenteil: eine gegen Israel gerichtete Rakete war für das Desaster verantwortlich. Mehrere Staaten und auch die Organisation Islamischer Staaten verbreiteten die Propagandalüge einfach weiter. Hunderttausende demonstrierten wütend weltweit, wünschten Israel den Tod. Was ist das, wenn nicht brutaler Antisemitismus? ...

Wir müssen dazu beitragen so viel wir können, dass eine weitere Eskalation des Konflikts verhindert wird. So dramatisch schlimm die aktuelle Situation ist, man stelle sich vor, es käme zur Gaza-Front eine ebenso gefährliche Libanon-Front mit Hisbollah dazu und eine dritte Front in der Westbank oder eine vierte Front, in der arabische und jüdische Israelis gegeneinander gewaltsam vorgehen, oder sogar eine fünfte, in der Iran nicht mehr nur über die Houthis aus dem Jemen, sondern direkt eingreift. Diese Eskalation zu verhindern und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die Herrschaft der Hamas in Gaza gebrochen wird, das ist fast die Quadratur des Kreises. Doch ist die Ausschaltung von Hamas als tödliche Bedrohung Israels notwendig und gerechtfertigt. ...

Wir blicken im Nahen Osten gerade in einen tiefen Abgrund. Wir sehen unendliches Leid und fühlen mit denen, die davon geschlagen sind. Wir besichtigen die Konsequenzen langjähriger Fehler und wir sind konfrontiert mit dem absolut Bösen der Hamas. Wenn wir es nicht schaffen, dazu beizutragen, dass dort in absehbarer Zeit Stück für Stück eine andere, hellere Zukunft wenigstens ansatzweise wieder aufzuscheinen beginnt, dann werden nicht nur die Menschen, die von diesem Konflikt unmittelbar erfasst werden, sondern auch wir in Europa darunter zu leiden haben. Sei es durch terroristische Echos in unseren eigenen Städten oder globale Verfeindungen, die den autoritären Mächten ins Blatt spielen. In der aktuell emotionalisierten Situation braucht jede Hoffnung viel Energie, viel Empathie, viel Verständigungsbereitschaft von verschiedenen Seiten. Ich hoffe, dass wir das finden werden.“

####

Jürgen Habermas zu den Kämpfen in Nahost

Am 13.11.2023 riefen der Philosoph Habermas und vier weitere Intellektuelle die Öffentlichkeit auf, dem wachsenden Antisemitismus entgegenzutreten.

„Die derzeitige Situation, die durch den an Grausamkeit nicht zu überbietenden Angriff der Hamas und Israels Reaktion darauf geschaffen wurde, hat zu einer Kaskade von moralisch-politischen Stellungnahmen und Demonstrationen geführt. Wir sind der Auffassung, dass bei all den widerstreitenden Sichtweisen, die geäußert werden, einige Grundsätze festzuhalten sind, die nicht bestritten werden sollten. Sie liegen der recht verstandenen Solidarität mit Israel und Jüdinnen und Juden in Deutschland zugrunde.

Das Massaker der Hamas in der erklärten Absicht, jüdisches Leben generell zu vernichten, hat Israel zu einem Gegenschlag veranlasst. Wie dieser prinzipiell gerechtfertigte Gegenschlag geführt wird, wird kontrovers diskutiert; Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, der Vermeidung ziviler Opfer und der Führung eines Krieges mit der Aussicht auf künftigen Frieden müssen dabei leitend sein. Bei aller Sorge um das Schicksal der palästinensischen Bevölkerung verrutschen die Maßstäbe der Beurteilung jedoch vollends, wenn dem israelischen Vorgehen genozidale Absichten zugeschrieben werden.

Insbesondere rechtfertigt das Vorgehen Israels in keiner Weise antisemitische Reaktionen, erst recht nicht in Deutschland. Es ist unerträglich, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland wieder Drohungen gegen Leib und Leben ausgesetzt sind und vor physischer Gewalt auf der Straße Angst haben müssen. Mit dem demokratischen, an der Verpflichtung zur Achtung der Menschenwürde orientierten Selbstverständnis der Bundesrepublik verbindet sich eine politische Kultur, für die im Lichte der Massenverbrechen der NS-Zeit jüdisches Leben und das Existenzrecht Israels zentrale, besonders schützenswerte Elemente sind. Das Bekenntnis dazu ist für unser politisches Zusammenleben fundamental. Die elementaren Rechte auf Freiheit und körperliche Unversehrtheit sowie auf Schutz vor rassistischer Diffamierung sind unteilbar und gelten gleichermaßen für alle. Daran müssen sich auch diejenigen in unserem Land halten, die antisemitische Affekte und Überzeugungen hinter allerlei Vorwänden kultiviert haben und jetzt eine willkommene Gelegenheit sehen, sie ungehemmt auszusprechen.“

Nicole Deitelhoff, Rainer Forst, Klaus Günther und Jürgen Habermas

####

Teil II

Informationen aus dem Trägerverein Landesverband der EUD in MV

Impressionen vom Deutsch-Polnischen Seminar 2023

Polen nach der Wahl - Was bedeutet das für die Europäische Union?

Am 25./26. 11. 2023 veranstalteten der Landesverband der Europa-Union Deutschland und sein Bildungsring „Europa“ mit unseren polnischen Partnern aus Koszalin im Parkhotel Neubrandenburg wieder das traditionelle Deutsch-Polnische Seminar. Das Thema der Veranstaltung war der Meinungsaustausch über die in diesem Jahr stattgefundenen Wahlen zum Sejm, dem polnischen Parlament, die sowohl in ihrem Vorfeld des Wahltages als auch danach viele Diskussionen ausgelöst hatten. Das darüber hinaus auch die Weiterführung der bisherigen Beziehungen des Landesverbandes zu den Neubrandenburger Partnerstädten eine Rolle spielten, lag auf der Hand. Mit den folgenden Betrachtungen machen wir auf besondere inhaltliche Aspekte des Seminars aufmerksam.

Unser Landesvorsitzender, Prof. Dr. Northoff, MdL, eröffnete das Seminar mit einigen Begrüßungsworten an die polnischen Teilnehmer vom Kulturverein Koszalin sowie von der Technischen Universität der gleichen Stadt. Er verwies auf die lange Tradition des deutsch-polnischen Meinungsaustausches sowohl in den Veranstaltungen unseres Landesverbandes als auch im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Neubrandenburg und Koszalin und betonte dabei, dass uns die Idee eines einigen Europas vereint. Interessieren würden besonders zwei Fragen: Wie wird sich Polen nach den Wahlen im letzten Oktober aufstellen? Welche Auswirkungen wird das Wahlergebnis auf die Weiterentwicklung der Europäischen Union und die Wahlen zum Europäischen Parlament im kommenden Jahr haben?

Als erster Redner der polnischen Gäste sprach Dr. Igor Pogonowski von der TU Koszalin, der sich dem Thema „*Die Politik der Republik Polen im Bereich der Rechtssicherheit - Evolution oder Revolution?*“ widmete. Er ging davon aus, dass das Funktionieren der Republik Polens besonders im Artikel 2 der polnischen Verfassung seine Grundlage hat. Der dort zum Ausdruck kommende Grundsatz besagt, dass Polen ein demokratischer Rechtsstaat ist, der Recht und soziale Gerechtigkeit garantiert und dadurch Rechtssicherheit gewährleisten muss. Unter Rechtssicherheit verstand der Redner insbesondere eine weitgehende Stabilität der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen als Garant für die Sicherheit überhaupt. Das ist besonders wichtig für alle Staatsbürger für die wirtschaftlichen Unternehmen im Land. In Polen durchgeführte Umfragen zeigen in den letzten Jahren, dass als die größten Hindernisse für die Geschäftstätigkeit folgende Faktoren angegeben werden: Rechtliche Instabilität, Steuern und Arbeitskosten. Natürlich bezieht der Wunsch nach Stabilität der Gesetze nicht die unbedingte Dauerhaftigkeit der Gesetze ein. Das reale Umfeld des Menschen ist in ständiger Weiterentwicklung und muss entsprechend in der Weiterschreibung der Gesetze wiedergespiegelt werden. Ein zunächst äußeres Zeichen der Gesetzesänderungen ist die Zahl der Seiten, die die verabschiedeten Rechtsakte umfassen. Der Trend zu immer neuen Gesetzen und Gesetzesänderungen hat beträchtlich zugenommen. Umfassten neue Aspekte der Gesetze und der dazu gehörenden Erläuterungen 2020 nur fast 9000 Seiten, waren es 2020 bereits 31 745 Seiten und für 2023 wird ein Umfang von 37776 Seiten erwartet. Eine Ursache der enormen Zunahme von veränderten Gesetzesakten ist mit hoher Wahrscheinlichkeit daraus entstanden, dass die PiS, die Partei „Recht und Gerechtigkeit“, versucht hat, möglichst viele ihrer Vorhaben und Wünsche noch vor den Parlamentswahlen in neuen Gesetzesakten zu verankern. Das hatte zur Folge, dass die z. T. unüberschaubaren Änderungen zu einer mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz der Gesetzgebung geführt haben. Darüber hinaus entwickelte sich ein mangelndes Vertrauen in die öffentliche Verwaltung, die ja die Änderungen umsetzen muss. Gleichzeitig sank das Vertrauen in die Stabilität des Rechtssystems überhaupt, „weil sich ja sowieso wieder etwas ändern wird“. Und schließlich stieg die Bereitschaft, die Gesetze und die dazugehörenden Verordnungen bewusst zu umgehen. Die neue Koalitionsregierung, die noch in diesem Jahr ihr Amt antreten wird, hat die große Aufgabe, durch schrittweise Umsetzung von erforderlichen Änderungen der bestehenden Rechtsakte und durch neue Festlegungen zur Realisierung ihrer Wahlversprechen die Überschaubarkeit der Gesetze und Verordnungen zu verbessern und insgesamt die Demokratie zu stärken.

Als zweiter Redner der polnische Seminarteilnehmern sprach Dr. Dariusz Magierek, ebenfalls von der TU Koszalin. Er äußerte sich zu einem interessanten aktuellen Thema: *„Wie wird die Zukunft der Europäischen Union ein? Herausforderungen, Probleme und Chancen - die Situation nach der Wahl in Polen.“* Der Redner verwies einleitend darauf, dass die PiS in ihrer Regierungstätigkeit und in der öffentlichen Propaganda ernsthaft versucht hatte, den Austritt Polens aus der Europäischen Union vorzubereiten, indem sie Angst vor der EU zu schüren begann. Sie hatte aber dabei die tatsächlich vorhandene proeuropäische Stimmung in der polnischen Bevölkerung außer Acht gelassen. Es ist gar nicht hoch genug zu bewerten, dass durch das große Engagement der Frauen und der Jugendlichen in der Wahlvorbereitung und am Wahltag selbst eine besonders hohe Wahlbeteiligung als Ausdruck von Veränderungswillen erreicht werden konnte. Das ist eine herausragende Basis für die zu erwartende Tusk-Regierung und gibt Optimismus für die weitere Entwicklung Polens in der EU. Ein weiterer Schwerpunkt wurde durch Dr. Magierek durch seinen Blick auf die Entwicklung der EU nach den Europawahlen gesetzt. Die gegenwärtige Situation in verschiedenen Mitgliedsländern steigert die Wahrscheinlichkeit, dass nationalistische Kräfte und rechte und rechtsextreme Gruppierungen in das Europäische Parlament einziehen werden. Beim gegenwärtigen krisenhaften Auseinanderdriften der Mitgliedsländer und wegen der vielen aktuellen weltweiten und europäischen Problemen wird es große Anstrengungen und viele Diskussionen brauchen, um Europa auf einen vernünftigen Zukunftskurs zu bringen. Das uns gerade im Zusammenhang mit den Zukunftsvorschlägen des Europäischen Parlaments und den Anregungen zur Veränderung der Verträge vom 22. 11. 2023, die auf den Ergebnissen der realisierten zweijährigen „Zukunftskonferenz“ beruhen, noch viele Diskussionen zu Einzelfragenfragen in allen Mitgliedsstaaten bevorstehen, liegt auf der Hand. Der Redner schloss seinen Vortrag mit dem Hinweis ab, dass die Gründungsideen der Europäischen Gemeinschaft nach dem zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart Bedeutung besitzen. Er setzte auf die Hoffnung, dass ein starkes und gefestigtes Polen auch zukünftig eine gewichtige Rolle bei den zu entwickelnden gemeinsamen Maßnahmen in der Europäischen Union spielen wird.

Natürlich gab es weitere inhaltliche Gespräche im Rahmen des diesjährigen Deutsch-Polnischen Seminars, auf die in dem vorliegenden Bericht nicht näher eingegangen wird.

Berichterstatter: Joachim Gasiiecki

Zur Information:

Aus dem Offenen Brief des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement vom 11. 12. 2023

Zivilgesellschaftliche Organisationen bedroht – Demokratie in Gefahr – Tausende von Stellen durch Haushaltsvorbehalt gefährdet

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz, sehr geehrter Herr Vizekanzler Habeck, sehr geehrter Herr Bundesminister Lindner,

aufgrund des ausbleibenden Beschlusses zum Haushalt 2024 sind zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft existenziell in Gefahr. Ein breites Spektrum von Vorhaben und Projekten über Koordinierungsstellen bis hin zu ganzen Einrichtungen müssen ihre Arbeit zum neuen Jahr einstellen.

Das betrifft beispielsweise Aufgaben im Bereich der sozialen Dienste, des Engagements für Geflüchtete und zugunsten von Integration, in der Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigungen, im Engagement für ältere Menschen, bei kulturellen Angeboten, Leistungen im Kontext von Bildung, Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, Beratungsstellen gegen Diskriminierung und Rassismus sowie weitere Projekte etwa im Kontext von Migration und politischer Bildung.

Zivilgesellschaftliche und demokratiestärkende Strukturen bundesweit stehen vor dem Aus; Tausende von Menschen werden arbeitslos.

Warum ist das so?

Der Beschluss des Deutschen Bundestages über den Bundeshaushalt 2024 steht noch aus. Deshalb liegt noch keine haushaltsrechtliche Grundlage vor, auf der Anträge zivilgesellschaftlicher Organisationen für das kommende Förderjahr beschieden werden können. Ob der Bundeshaushalt 2024 noch in diesem Jahr beschlossen werden kann, ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorhersehbar. Viele öffentlich geförderte Organisationen haben somit ab Januar 2024 keinerlei Planungssicherheit in den betroffenen Vorhaben. Gelingt es jetzt nicht, einen Haushalt zu beschließen, wird das Haushaltsjahr 2024 voraussichtlich mit einer „vorläufigen Haushaltsführung“ starten müssen. Jetzt – kurz vor Weihnachten – werden wir darüber informiert, dass weder Förderzusagen noch der „vorzeitige Maßnahmenbeginn“ zum 1. Januar 2024 durch die zuständigen Ministerien und staatlichen Stellen möglich sind.

Wen betrifft es?

Viele Mitglieder des BBE kommen in massive Schwierigkeiten. Im Einzelnen sind vielfältige Vorhaben betroffen, die durch verschiedene Ministerien gefördert werden sollten:

- Im Bereich des BMFSFJ betrifft es das *Bundesprogramm „Demokratie Leben!“*. Ein Beispiel: Hier werden u.a. im *Programm „Menschen stärken Menschen“* seit 2016 bedeutende Maßnahmen gefördert, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Über 224.000 Pat*innenschaften konnten in den vergangenen Jahren gestiftet und hauptamtliche Koordinierungsstrukturen aufgebaut werden. Wirksame Bildungs- und Begleitangebote für benachteiligte Zielgruppen erbrachten die engagierten Mentor*innen und hauptamtlichen Koordinator*innen; Engagement für Geflüchtete wurde begleitet und qualifiziert. Diese professionellen Angebote können nun nicht weitergeführt und die Zielgruppen nicht weiter unterstützt werden.
- Betroffen sind auch nicht bewilligte Projekte der öffentlich-rechtlichen DSEE, die etwa das *Bundesprogramm „Engagiertes Land“* fördert: Netzwerke vor Ort müssen ihre Arbeit einstellen, Engagierte werden alleine gelassen, Koordinierungsstellen nicht weiter gefördert, aufgebaute Strukturen vernachlässigt, Menschen verlieren ihre Jobs.
- Auch das vom BMI geförderte *Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“* lässt sein etabliertes Netz an vielfältigen Strukturen vor Ort zerbrechen. Es konnte in ländlichen oder strukturschwachen Regionen in den Verbands- und Vereinsstrukturen wirksame Handlungsansätze zur Stärkung demokratischer Teilhabe und Extremismusprävention sowie zielgruppengerechte Bildungsangebote entwickeln, deren Fortführung nun gefährdet ist.
- Zudem wird die – bereits durch den Haushaltsentwurf der Bundesregierung in Frage gestellte – notwendige *Förderung für Freiwilligendienste* erneut in Frage gestellt.

Welche Konsequenzen hat das?

Menschen, die auf Unterstützung gezählt haben, kann nicht mehr geholfen werden. Engagierte werden nicht adäquat bei ihren anspruchsvollen Aufgaben begleitet. Mühevoll und jahrelang aufgebaute Strukturen der Zivilgesellschaft bluten aus. Gemeinnützige Organisationen verlieren ihre Fachkräfte. Zivilgesellschaft wird damit umfassend gefährdet.

Ein „vorzeitiger Maßnahmenbeginn“, der den Trägern den Projektbeginn rechtzeitig ermöglichen und die Fördermittel auch bei späterer Zahlung zusichern würde und damit die Zahlungsfähigkeit sicherstellt, kann in dieser Situation nicht gewährt werden. Die Träger müssen ihre Maßnahmen zwangsläufig aussetzen. Arbeitsverträge können nicht verlängert bzw. müssen gekündigt werden.

Schwächung zivilgesellschaftlicher Infrastruktur!

Im Zuge des Deutschen Engagement-Tags am 5./6.12.2023 wurde durch Familienministerin Lisa Paus die große Relevanz zivilgesellschaftlicher Strukturen in Zeiten der Transformation, für die Resilienz unserer Gesellschaft und für eine starke Demokratie unterstrichen. Ein neuer strategischer Ansatz solle befördert und die Zivilgesellschaft und das Engagement durch die im Jahr 2024 im Kabinett zu verabschiedende Engagementstrategie des Bundes gestärkt werden. Umfangreiche Beteiligungsprozesse der Zivilgesellschaft im Jahr 2023 waren dem vorweg gegangen. Doch tatsächlich sind Engagement und die organisierte Zivilgesellschaft in Deutschland akut in Gefahr. Die Bundesregierung unterstützt die Infrastruktur nicht, sie schwächt die Träger und Projekte.

Wir fordern Sie daher auf:

- Beschließen Sie den Haushalt 2024 ohne Kürzungen für die Träger zivilgesellschaftlicher Vorhaben noch im Jahr 2023 und vor allem noch vor Weihnachten!
- Bewilligen Sie den vorzeitigen Maßnahmenbeginn vor Weihnachten, damit die Arbeit weitergeführt werden kann!
- Beschließen Sie einen Notfallfonds für zivilgesellschaftlichen Strukturen, die sich eine Überbrückung nicht leisten können!
- Wirken Sie auf die grundsätzliche, nachhaltige Stärkung und Absicherung der Organisationen der Zivilgesellschaft hin!

Berlin, den 11. Dezember 2023

[Wir unterstützen den Appell des Bundesnetzwerkes für eine Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft. Die Zeitabläufe sind jedoch schnell. So ist es nach Stand vom 13. 12. 2023 wohl nicht mehr möglich, den Bundeshaushalt für 2024 noch in diesem Kalenderjahr zu beschließen!]